

nr 7 + nr  
nr 6

Otto Thomas, Schriftleiter an der revolutionär-marxistischen Tageszeitung „Berlin am Morgen“, ist tot. Mitte voriger Woche warf ihn die Grippe aufs Krankenbett, von dem er sich nicht mehr erheben sollte. Die kommunistische Partei, deren Mitglied er war und in der er, nach außen wenig bemerkbar, viel Einfluß hatte, verlor mit ihm eine Kraft, wie sie ihrer nicht viele zur Verfügung hat. Aber auch die Sache der Revolution hat einen Verlust zu beklagen, denn Thomas gehörte zu denen, die über alle Parteischranken hinweg die deutsche Sache verbanden. Gewiß, Thomas hat immer leidenschaftlich betont, daß er Marxist bis an sein Ende bleiben würde. Wer indes hörte, wie schneidend er von seiner Heimat, dem Westerland, sprach, wie bekümmert er über die Entzweiung des Proletariats sprach, die auch diesen über die entartete Bürgerlichkeit, die rasch und biologisch unverbrannten Volksteil vermachte und damit Deutschland in der Wurzel seiner Kraft zu vernichten droht — der wußte, daß es auch bei diesem Marxist nicht um Marx, sondern um Deutschland ging. Wenn es darum geht, der ist allerdings schon seit Jahrzehnten zur politischen Wanderschaft verurteilt, so auch Thomas. Von Jugendzeit an in der Arbeiterbewegung, ist er 1913 Gewerkschaftssekretär in München, aber entrüstet wendet er, der Sozialdemokrat, sich von der Partei ab, die am Entstehen der Räterspublik viel mehr Anteil hat, als sie zugeben möchte — diese schäbige Rolle macht Thomas nicht mit. Er gibt unbedenklich die „sichere Lebensstellung“ auf und geht zur kommunistischen Partei. Als Kommunist nimmt er dann bald Beziehungen zum „Bund Oberland“ auf — zum ersten Male reichen sich die Revolutionäre über die Bourgeoisie hinweg die Hand. Man verstand Thomas damals auf der „Rechten“ besser als in seiner eigenen Partei; ein Ausschlußverfahren gegen ihn in Gang, er übersteht es, wird aber vernichtet, daß noch auf lange Jahre hinaus Warten und Schweigen notwendig ist. Er hat erwartet, auch geschwiegen, bis er — lange vor der Reichstagswahl — spürte, daß es nun bald so weit ist. Spät in der Nacht nach der Wahl rief er mich an, wie ein Mann nach der Qual jahrelangen Wartens atmete er auf: „Deutschland ist in Bewegung — endlich!“ Er sah klar, was kommen wird, war sich auch klar über das nun Nützliche und hatte nur die eine Sorge, daß sich die Revolutionäre aller Lager zu spät erkennen, aufrufen und in einer Front sammeln könnten. Der Tod hat ihn auch dieser Sorge enthoben. Wird Otto Thomas der gute Kamerad, zur letzten Ruhe getragen, so stehen auch wir vor seiner Gruft und senken trübend die Standarte.

Während sich die KP-Proletarier in harten Kämpfen mit den Faschisten schlagen müssen, sind ihre Führer „die guten Kameraden“ der faschistischen Führer. Es genügt nicht zu sagen, die Handlungen einzelner Führer seien nicht ausschlaggebend, hier handelt es sich nicht mehr um einzelne Persönlichkeiten, sondern hierin zeigen sich die Auswüchse eines konterrevolutionären Organisationsystems.

## Aus den Bezirken

**Bonzengezücht**  
Ein treues Gewerkschaftsmitglied mit Namen Adolf Strauß, wußte mit seinem Leben nichts weiter anzufangen, als durch Freitod seinen Elendsdasein ein Ende zu machen. Der Grund? Strauß war vom Ausbeuter Reichsbahngesellschaft abgebaut worden. Die Gewerkschaftsbondzen gaben in einem Artikel der Hoffnung Ausdruck, „daß dieses Opfer das erste und letzte sein möge“. Dafür hat dieses treue Gewerkschaftsmitglied nun seine Beiträge gezahlt, um sich von seinen Bondzen vorliegen zu lassen, er wäre das „erste“ Opfer. An den Freitod dieses Proleten ist nicht nur die kapitalistische Ausbeuterordnung schuld, sondern in höherem Grade — die verdamnte Wirkung von Parteien und Gewerkschaften. Diese Organisationen sind nicht nur in der Lage, dem Arbeiter einen Ausweg aus diesem kapitalistischen Irrenhaus zu zeigen, im Gegenteil; denn in diesen Partei- und Gewerkschaftskäfigen gefangenen Proleten wird die Allmacht

Hier abtrennen!

**Bestellzettel**  
Unterschiedener bestellt hiermit die monatlich zweimal erscheinende Zeitung

**SPARTAKUS**  
zum Bezugspreis von 90 Pf. vierteljährlich, ab 1930

Verlagort: Rahnitz-Hellerau. Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 29  
Bezugsgeld ist von mir zu erheben

Name \_\_\_\_\_ Ort u. Zustellungspostamt \_\_\_\_\_

Straße u. Hausnummer \_\_\_\_\_

ihrer Partei- und Gewerkschaftsbondzen so large vorerzählt, bis sie selbst daran glauben. Sieht solch ein gläubiger Mensch dann bei Abbaugeschehen, die ihn selbst treffen, daß sein Gott ihm nicht hilft, sondern sogar auf der Seite seiner Feinde steht, dann bricht so ein Mensch zusammen. Er kommt nicht auf den Gedanken: „Uns aus dem Elend zu erlösen, das können wir nur selber tun!“

Was sollen Bondzen zum Beispiel mit einem Menschen anfangen, der abgebaut ist und darum keine Beiträge mehr zahlen kann? War da ein anderer Prolet mit Namen Nowitz. Dieser Nowitz war 30 Jahre lang bei der Reichsbahngesellschaft beschäftigt. Zugehörigkeitsmaßen ist ein Prolet, der 30 Jahre geschuftet hat, nicht mehr konkurrenzfähig mit irgendeiner heute auf der Straße legenden jungen Arbeitskraft. Diese auf „redlichen Wettbewerb“ aufgebaute Unordnung begreift das. Die Reichsbahngesellschaft als größter Ausbeuter macht natürlich keine Ausnahme davon und schmeißt auf Grund dieser Konkurrenzgesetzte besagten Nowitz aufs Pflaster. Durch die Mechanik ihrer Ausbeuterordnung getrieben, handelt die Bourgeoisie klassenbewußt, ohne Skrupeln, lediglich von ihrem Profitinteressesstandpunkte aus. Der in Partei und Gewerkschaft gefangene „Kollege“ Nowitz versteht nicht die Klassenzusammenhänge zwischen seinem und seiner Klasse Los. Er wendet sich an seinen Bondzen. Der Name tut hier nichts zur Sache, weil es eine System- und nicht eine Personenfrage ist. Der Bondze gibt ihm folgenden wörtlichen Rat, „nach Lage der Sache bietet ihm wohl kein anderer Weg, als sich aufzuhängen“. Am 19. September d. J. morgens 4 Uhr, machte, der Hilfskrankenschwäger Friedrich Nowitz seinem Leben durch Erhängen auf dem Stillboden ein Ende. Die Hoffnung, der Fall Strauß möge der erste und letzte sein, ist leider zusehender geworden. So reagieren die Bondzen in ihrem Gewerkschaftsblatt vom 1. Oktober, auf dieses Sammelwort von Profitwille der Bourgeoisie, Gemeinheit ihrer Bondzen und Verzweiflung der Proleten. Der Ausbeutungswille der Bourgeoisie läßt sich aber nicht durch solche Verzweiflungstendenzen vermindert Proleten aus der Welt schaffen. Die Bourgeoisie wird und muß weiter abbauen und macht dabei auch vor denjenigen nicht Halt, die für sie bereit waren und noch sind, die schmutzigste Arbeit zu verrichten. Und wieder sieht man die Gewerkschaften in all ihrer Erbärmlichkeit.

Das hier in Rede stehende Gewerkschaftsbondzen-Mitteilungsblatt bringt folgenden Artikel:

**Der Dank der Reichsbahnverwaltung.**  
Von einem Kollegen wird uns geschrieben:  
Diesen Begriff von Dankbarkeit hat jeder mehr oder weniger zu spüren bekommen, der genötigt war, als Prolet seine Arbeitskraft der Reichsbahn anzubieten. Die Hilfsbeamten können Romane darüber schreiben, welche Hoffnungen ihnen gemacht wurden, um sie abhandeln so gnädiger zu unterstehen. In der gleichen Weise hat man die Bondzen des Sicherheitsdienstes mitleidig betrachtet. Die Reichsbahn hatte besonders darunter zu leiden, weil der Wert der gesamten Folgsänger um Unermessliches sich steigerte. Infolge dieser Tatsache, fing die Verwaltung damals an, aus Eisenbahnern einen sogenannten Sicherheitsdienst zusammenzustellen und sparte hilfsuchend bei den Beamten umher; keiner wollte sich für diesen Zweck hergeben, der im übrigen auch eine sehr unangenehme Aufgabe war. Es blieb also nichts anderes übrig, als unter der Arbeiterschaft eine Reihe verantwortungsbewußter und organisatorisch geschulter Kollegen zu finden, die diese Aufgabe zu erledigen gewillt waren. Eine Fülle von Zusagen und Versprechungen für ihr weiteres Fortkommen gab den nötigen Schwung, den Dienst dieser Kollegen auszuführen. Mit der Stabilisierung der Verhältnisse kehrte die Sicherheit und Ordnung wieder ein. Die Aufgaben des Sicherheitsdienstes waren damit praktisch erledigt. An eine Auflösung aber dachte man nicht. Ebenso wenig dachte man daran, diese Kollegen entsprechend ihrer geleisteten Arbeit als auch ihrer kompromittierten Stellung bei einem Teil der Kollegenschaft, einen geeigneten Dienst anzuweisen. Da man überall, ungeachtet aber nur von außen, Gefahr wahrte und jeder größere Industrielle und Agrarier eine Schutztruppe organisierte, konnte die Reichsbahn sich davon nicht ausschließen, man behielt den Apparat und gliederte das Ganze als sogenannten Technischen in den Verwaltungsapparat ein. Dieser Betrieb kostete natürlich eine Menge Geld. Wenn er auch für eine kaufmännische Wirtschaft völlig unproduktiv ist, so hat er den besonderen Zweck, neben dem Abbaugespenst als Mittel zu wirken, nämlich den, um Himmels willen nicht mit dem Gedanken eines Streiks zu spielen. Da man für diesen Zweck mit ganz zuverlässigen Leuten rechnen muß, ist dieser Dienst von allem gereinigt, was freigeberisch und linkspolitisch verdächtig erschien. Die Arbeiterkollegen wurden fast rastlos abgehoben, an ihre Stelle rückten Beamte, die früher, als er Arbeit gab, nicht dafür zu haben waren. Ein Sicherheitsbediensteter, der irrtümlicherweise vom Sicherheitsdienst entlassen war, ist, nachdem seine einstweilige rechtsverbindliche Genesung bescheinigt wurde, in der Kassa auf der RHD wieder eingestellt worden. Alle anderen sind entlassen oder führen nur noch ein Schein-dasein bis zum nächsten Schuß. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Dieses ist der Dank der Verwaltung.

Diese ungläublichen Zustände sind nur zu bestätigen durch restlose Organisation aller Kollegen Eisenbahner im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands.

„Eine Reihe verantwortungsbewußter, organisatorisch geschulter Kollegen.“ He Blühdorf, wir kennen die Weise! Diese Wachtunde des Kapitals müssen natürlich auch jüngeren Zerbrüchsen Platz machen — Dank wollen die haben, die den Scheidemann-Noske halten, daß Ruhe und Ordnung wieder einkehrten, ihr Blöden, den Dank

haben eure Bondzen; sie sind Minister, Polizeipräsidenten usw., und ihr habt die von euch geschaffene Ordnung. Wenn ihr dem Ausbeuter Reichsbahngesellschaft sagt, ihr wollt Dank, so wird er euch sagen, ihr seid unverschämte. Wir vom Spartakusbund sagen euch: Geht zu euren Gewerkschaften! Ihr gehört zusammen. Geht zu RGO, deren Reife von den letzten Wahlen nach jedem Proleten in den Ohren gellen: „Schupo, machts wie wir, wählt Liste 4!“

*Es verfaulet eine Welt.  
Man geifert und blöht,  
lebt vom Kadaver, der schon zerfällt.  
Hohalcheder schleudert der rote Bündel  
in den stinkenden Pfuhl das Dynamit.*

**Willenskundgebung der Ortsgruppe Dresden des Spartakusbundes**  
Die am 21. Nov. 1930 tagende Mitgliederversammlung nahm folgende Willenskundgebung einstimmig an, mit der Festlegung der Publikation im „Spartakus“:

In Anbetracht gleicher konkreter Grundeinstellung in punkto Organisation und Räteystem, sowie bedingt durch die gegenwärtige hochgespannte inner- und außenpolitischen Situation, hält die Ortsgruppe Dresden des Spartakusbundes die Schaffung einer engeren Aktions- und Propaganda-Gemeinschaft für dringend geboten. Die Ortsgruppe Dresden stellt erneut allen Genossen im Reich diese Erkenntnis zur Diskussion.

Im Gesamtinteresse aller für das unverfälschte Räteystem kämpfenden Genossen und Organisationen fordert der Spartakusbund die sich mit obiger Anschauung identifizierende AAUE, auf, zur intensivsten Unterstützung dieser geschichtlich notwendigen, daher auch zeitgemäßen Bestrebung. Nur so kommen wir zur Konzentration der Kräfte, ohne uns mit sentimentalen Einigungspestein die eigene Schlagkraft der eigenen Organisation zu schwächen.

**Betrugemanöver**  
„Die Rote Fahne“ bringt folgenden durchsichtigen Schwindel: „Polizeibeamte verbrüdernd sich mit Streikposten.“ Was will die Thälmann-Fahne damit sagen? Die KPD will den Haß gegen die Schergen des Kapitals erlösen, um den Arbeiter desto wehrloser zu machen. — Ein Flugblatt der KPD, das zur „Revolutionstheater“ am 7. November aufruft um die Noske-Heldentaten zu feiern, bringt von den „Verbrüdernden“ folgende Darstellung: „Ein völlig unbeteiligter junger Mensch wurde zu Boden geschlagen und ins Auto geschleppt...“ Erst nachdem durch Polizeistatiken die Straße geräumt war, wurden die Ritter vom verborgenen Kreuz unter starkem Polizeischutz nach Hause gebracht. Das geschah Ende vorigen Monats in Tilsit.

Arbeiter, hämmert es euch in den Schädel: „Schupo, wir schwören dir Rache für das vergessene Arbeiterblut, trotz RPD-Verbrüderung mit euren Mördern.“

Dieselbe Nummer der oben erwähnten „Thälmann-Fahne“ vom 28. Oktober 1930 bringt eine Notiz, überschrieben: „Anerkennung der „RGO.“ erzwungen.“ Die Königsberger Fürsorgearbeiter sollen, durch ihre Geschlossenheit im Streik gegen Pflichtarbeit für tarifmäßigen Lohn und für alle Beschäftigung, dem Magistrat gezwungen haben, mit der „RGO.“ zu verhandeln. Das ist gart, gelinde gesagt, eine Erfindung der „Nationalen Befreiungs-Fahne.“

Richtig ist, daß die Fürsorgearbeiter gestreikt haben. Dieser Streik mußte, wie jeder von Parteien und Gewerkschaften geführter Streik verlohrengehen. Zündstoff lagern in der jetzigen Zeit, wo die Todeskrise des Kapitals in unerhörter Weise die Sklaven zum Hungern zwingt, überall. Dieser Zündstoff wurde von der KPD, ausgezündet, um es zu sagen, „geschickt“ ausgenutzt; geschickt in dem Sinne, als es ihr, durch die Mentalität der Proleten bedingt, gelang, die Fürsorgearbeiter von den anderen Arbeitslosen und den Arbeitenden zu isolieren. Die revolutionäre Klassenpflicht der Fürsorgearbeiter wäre es gewesen, die anderen 20000 Arbeitslosen aufzufordern, Tatkraft und Übermut gemeinsam hätten diese Tausende zu den Betrieben ziehen und die Stilllegung der Betriebe erzwingen müssen. An die Stelle der einzig wirklichen, der Tatkraft, ließen sich die Fürsorgearbeiter die Pfennigsolidarität durch die KP-Bondzen aufschwätzen. Dadurch wurde wohl der Kampf verloren. Ob aber die KP, ein ganz gutes Geschäft gemacht hat? Der von der farnosen „RGO“ geführte Fürsorgearbeiterstreik wurde durch Verhandlungen der Noske-Gewerkschaften „beilegt“. Das ist die Wahrheit und sagt alles. Daß viele hundert Ausgesperrte auf der Strecke blieben, ist die Schuld der streikenden Fürsorgearbeiter, die den Kampf um Reformen zu einer Zeit aufnahmen, die keine Reformen mehr zuließ.

Für den Inhalt verantwortlich: Harald Winter, Dresden - Druck: DBK-DRUCK - Ruf 64661

Nr. 24 · 5. Jahrgang  
10. Jahrgang der „Einheitsfront“

# SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES  
(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagort: Rahnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisation des Spartakus-Bundes oder direkt beim Verlag Rahnitz-Hellerau, Hendrichstraße 3

2. Dezember-Nummer 1930  
Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zu zahlen. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pf. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich 1,20. Zahlungen auf Postcheckkonto Nr. 32722 Amt Dresden

Einzelnnummer 15 Pf.  
Erscheint monatlich zweimal

## Grundprobleme der proletarischen Revolution

Die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus, die zwingend die ökonomische Basis für den Kommunismus schaffen, bringen zugleich mit sich, daß durch die veränderten Umstände der gesamte organisatorische und geistige Ueberbau, den sich das Proletariat zum Zwecke der bewußten Tat, zur Überwindung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu bedienen hat, in der heutigen Weltkrise besonders präzise herausgearbeitet werden muß. Es genügt nicht mehr, sich mit den alten Phrasen, besonders mit den verschwommenen Begriffen wie Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit und des gesunden Menschenverstandes, das Proletariat weiterhin ideologisch zu beeinflussen. Die hieraus entstandene Krise heißt eindeutig mit den Methoden des revolutionären Marxismus zu bekämpfen. Es ist das größte Verdienst von Marx und Engels, daß sie gerade die Gefühlsseite, die bei der Sozialdemokratie das A und O der Bewegung waren, sehr heftig bekämpft haben. Besonders Engels hat Phrasen wie Recht und Unrecht mit folgenden Worten in seiner Kritik von Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft geäußert: „Wenn wir für die herabreichende Umwälzung der heutigen Verhältnisse der Arbeiterzeugnisse samt ihrem schreienden Gegensatz von Elend und Ueppigkeit, Hungersnot und Schwelgerei keine bessere Sicherheit hätten als das Bewußtsein, daß die Verteilungsweise ungerecht ist und daß das Recht doch endlich einmal sagen muß, so wären wir übel dran und könnten lange warten.“

Nichts ist notwendiger als an die konkrete Untersuchung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu gehen. Der Gesamtprozeß des kapitalistischen Systems, der seit den Jahren 1914 — 1918 in seinem Höhepunkt in seine Niedergangsepoche umschlug, bringt seit dieser Zeit eine ungeheure ideologische Umwandlung in der Arbeiterklasse mit sich. Die Krise des Sozialismus, d.h. der bisherigen Arbeiterorganisationen, ist nicht loszulassen von der kapitalistischen Klassenherrschaft. Ihre organisatorische Verwandtschaft, ihr Aufbau von Führer und Masse und die daraus bedingte Ausschaltung des Proletariats aus der Kampfabgabe, findet auch im Niedergang der kapitalistischen Produktionsweise ihren eigenen Niedergang. Die gesamten Formen der Arbeiterbewegung, die im Kapitalismus entstanden sind, die gewerkschaftlich um Lohnverbesserungen, jedoch nicht um die Aufhebung der Lohnsklaverei kämpfen, die politisch, als Parlamentarierparteien, das Proletariat in kleinbürgerlicher Ideologie schulen, wozu ein ökonomischer Boden in dem noch entwicklungs-möglichen Kapitalismus vorhanden war, sind und können in dem Augenblick, wo die Klassenherrschaft der Bourgeoisie durch die bewußte organisatorische und ideologische Diktatur des Proletariats vernichtet werden muß, nicht für die Diktatur des Proletariats in Frage kommen.

Es gilt heute keine Zeit mehr zu verlieren, sich mit irgendwelchen Experimenten, wie Revolutionierung der konterrevolutionären Arbeiterorganisationen, das Proletariat irrezuführen und den Befreiungskampf des Proletariats immer unmöglicher zu machen. Seit 12 Jahren auch der deutschen Revolution haben wir erfahren, daß nicht alle Niederlagen Siege werden, sondern daß Niederlagen zu einer Zermürbung des Proletariats führen können. Niederlagen können nur dann zu Siegen werden, wenn sich das Proletariat über die grundsätzliche Form des Klassenkampfes klar ist und dadurch erst instande ist, die geschichtlichen Ereignisse bewußt zu beeinflussen. Hierzu ist Voraussetzung die Organisation der Klasse.

Nichts ist verderblicher für das Herausarbeiten einer proletarischen Klassenfront, als ständig anzuschließen an die Parolen der Vergangenheit, als ständig Organisationen der Vergangenheit neu zu beleben. Die Vergangenheit trägt noch alle Symptome eines noch nicht voll entwickelten Klassengegengesatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Wenn auch durch die bürgerlichen Revolutionen das Verhältnis Mensch und Natur und dadurch der individuelle Charakter der Menschen zur Gesellschaft aufgehoben wurde, an deren Stelle das gesellschaftliche Verhältnis Kapital und Arbeit trat, die beide als Klassen immer enger an den Produktionsprozeß gebunden hat, so trägt ein Teil kleinbürgerlichen Wirtschaftswillens zur Trübung des Klassenbewußtseins bei. Dazu kommt, daß die Arbeiterorganisationen noch kein reelles Klassenbewußtsein herausgebildet ist. Hieraus resultieren auch die Niederlagen. Ihre Explosionen müssen den Charakter des leer Elementaren, des Ziellosen an sich tragen.

Die Schranke zu überwinden heißt, die Arbeiterschaft dem Einflusse der Gewerkschaften und Parteien zu entziehen. Die Weltkrise, der immer mehr zutage tretende Zusammenbruch des Kapitalismus, der offene Verrat der Gewerkschaften — wie in dem jetzigen Metallarbeiterstreik in Berlin —, der nicht nur ein Verrat der Führer ist, sondern die Unfähigkeit der revolutionären Arbeiterorganisationen in Fragen des heutigen Wirtschaftskampfes dokumentiert, muß die Krise in diesen alten Organisationen weiterhin verschärfen. Die Tagesfrage des Proletariats ist heute die Organisation des Proletariats zur Klasse. Die Organisation als Klasse ist die hierzu zerring der proletarischen Revolution. Tendenzen hierzu sind allerdings gegeben. Der Prozeß der ideologischen Klärung vom Lohnkampf bis zum Sturz der Bourgeoisie ist ökonomisch viel günstiger als je zuvor.

Hieraus erwächst die politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation mit ihrem klassenmäßigen Aufbau, mit ihrer Sammlung der Avantgarde, mit ihrer organisatorischen Verbundenheit mit den Betrieben und Arbeitsorganisationen, mit dem zum Sturz des Kapitalismus notwendigen Kampfes, in der proletarischen Klassenorganisation ihre feste Fundierung. Die Notlage des Proletariats zwingt sie täglich, an Stelle der Prinzipienlosigkeit, die klassenbewußte Grundsätzlichkeit zu setzen, zwingt sie ihre Mission zu erfüllen.

## Zusammenhänge

Wer die Politik der letzten Zeit zum Gegenstande seiner Betrachtungen gemacht hat (und welcher Interessierte könnte anders), der hat ein augenfälliges Symptom derselben immer und immer wieder sich in den Mittelpunkt drängen sehen, den Kampf des Agrarkapitals gegen die Industrie. Der eigentliche Kampf wurde eingeleitet durch das Trommelfeuern der Reklame und andere psychologischer Volksbeflüßung. „Notleidende Landwirtschaft“, „Agrarkrise“, „Grüne Woche“, „Winterhilfe“, „Osthilfe“, Landvolk und Bauernbewegungen wurden geläufige Begriffe. Der Zweck war die auf administrativem Wege erreichte Errichtung von Schutzzöllen auf landwirtschaftliche Produkte und so eine Preissteigerung derselben. Die durch die gewaltige Ueberproduktion so bedrohten Preise sollten stabilisiert werden dadurch, daß man sich durch Schutzzölle die lästige, weil billigere, ausländische Konkurrenz vom Halse hielt. Hier mußte man notwendigerweise auf den Widerstand der Industrie stoßen. Das Ausland, eines seiner wichtigsten Märkte beraubt, würde selbstverständlich mit dem Boykott deutscher Waren (Industrieerzeugnisse) antworten oder auf die gesamten Produkte gleichfalls derartige Zölle legen, daß dann die Produktionen dieser Waren aus dem Auslandsmarkt ausgeschaltet werden. Sehr treffend bemerkt dazu die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in einer Polemik gegen den Reichslandbund am 26. 10. 30:

„Völlig undenkbar aber wäre es, die Einfuhr an Butter, Käse, Gemüse, Öl und Süßfrüchten aus den Ländern, die im Gegenstande sind, als natürlich als Abnehmer beschiedenerer Umfangs auch wichtig ist, ganz hervorragende Kunden Deutschlands und die ausgesprochenen Aktgestalter unserer Handelsbilanz sind, mit ruhiger gesetzgeberischer Hand abzudrosseln.“

Die Einsicht war keineswegs neu und die Führer der Landwirtschaft schienen sich derselben eine Zeitlang auch nicht verschließen zu wollen, um so mehr, als die bedrängten Industriekapitalisten sich bereit erklärten, durch besondere Maßnahmen (Steuerschraube, Reichsnotopfer), Mittel zur Subventionierung der Landwirtschaft flüssig zu machen. Doch die erwähnten Hilfen (Osthilfe etc.) erwiesen sich als Palliativmittel, als der berichtigte Tropfen auf dem heißen Stein. Die zum Bewußtsein ihrer Macht gelangten Agrarkapitalisten drängten zur Entscheidungsschlacht. So kam es zur Reichstagsauflösung und zur Neuwahl. Der nun folgende Akt, der Ausgang der Wahlen, sowie der Wahlkampf selbst spiegelt getreulich alle Phasen des Interessenkampfes wieder und ist außerordentlich bezeichnend für die Stellung des heutigen Industriekapitalismus. Während diejenigen Kapitalistengruppen, deren Interessen mit dem

diesem Menschen Luft ins Rückenmark oder spritzt ihm Jodnatrium hinein, und dann stellt man durch Beobachtung fest, ob er krank ist oder nicht. Ja, was ist hier ein Mensch wert, wenn er von vornherein als Simulant betrachtet wird. Und wie würde es erst werden, wenn der Arzt berechnen würde, die Sterilisierung an Menschen vorzunehmen, oder wie unser Dr. Lela-Pinnow es wünscht, daß von staatswegen Menschen gezwungen werden können, diese Operation an sich vornehmen lassen zu müssen. Wer würde da wohl alles hinhalten müssen? Jedenfalls zu dieser von Dr. Lehr-Pinnow behandelten Frage dieser Kategorie von Asozialen (Geistesranke, Blinde usw.) sei gesagt, daß keine Gewähr für eine objektive Behandlung geboten ist und man letzten Endes nicht weiß, wer zu diesen Asozialen gerechnet wird.

Es ist schon in diesem Artikel erwähnt worden, daß für die andere Kategorie von Asozialen (Dirnen, Zuhälter, Verbrecher, Arbeitslose usw.) empfohlen wird die Verwahrung auf unbestimmte Zeit oder lebenslanglich. Dieser Dr. Lehr-Pinnow schreibt dazu: Eins aber darf die Gesellschaft verlangen, daß nämlich Mitleid und Fürsorge bei verbrecherischen Asozialen nicht so weit getrieben werden, daß diese sich auf Kosten der sozial Denkenden und Handelnden anstoßen. Bisher herrscht auf diesem Gebiete eine zu große Humanität, die der idealistischen Auffassung entspringt, daß jeder Mensch erziehbar ist. Er trägt auch hier bei dieser Frage nicht nach dem Warum. Gibt sich auch gar nicht die Mühe, sich mit den eventuellen Ursachen, die den Menschen zum Verbrecher werden lassen, zu beschäftigen. Er stellt nur fest, die Kosten, die dem Staate dadurch entstehen, sind zu groß, und müssen unter allen Umständen verringert werden. Daß aber diese bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft Millionen die Existenzmöglichkeit raubt, aus den Bahnen eines halbwegs geordneten Lebens hinausdrängt, danach wird nicht gefragt. Hier ist man schnell mit dem Urteil über die moralische Verkommenheit der Jugend, hier schimpft man über alle jene, die versuchen, sich etwas anzueignen von dem Überfluß der anderen. Geradezu grotesk müht es einen an, von Arbeitsscheuen zu hören, wo Millionen feiern müssen, weil eben die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft nicht mehr in der Lage ist, der Menschheit die Grundlage für eine weitere aufsteigende Entwicklung bieten zu können. Und dann wundert sich solch ein Genie der bürgerlichen Wissenschaft, daß es so viele Menschen gibt, die sich nicht zurückziehen in das bürgerliche Leben.

Hier, Arbeiter, habt ihr das Urteil eines bürgerlichen Wissenschaftlers, der da glaubt, die vom bürgerlich-kapitalistischen Staate selbst geschaffenen Schwierigkeiten durch Verordnungen und brutale Maßnahmen aus der Welt zu schaffen. Wir sind weit davon entfernt, uns als Verteidiger derjenigen hinzustellen, die da glauben, durch Raub und Diebstahl oder durch den Verkauf ihres Körpers den Kampf um ihre wirtschaftliche Existenz führen zu müssen. Aber wir erkennen auch, daß es die kapitalistische Warenproduktion, die ungleichen sozialen Lebensbedingungen sind, die diese Schichten von Asozialen erzeugen. Deswegen wäre es auch kein Segen für die Menschheit, diese hier kurz besprochenen Maßnahmen außer den heutigen Zuständen zur Durchführung zu bringen. Erst in einer kommunistischen Gesellschaft wird auch der Arbeiter seiner eigentlichen Aufgabe gerecht werden können, das heißt, der Schutz der Volksgesundheit ist für ihn oberste Pflicht, und nicht wie es heute der Fall ist, die Wahrung irgendwelcher geschäftlicher Interessen. Wir erkennen, daß es das zusammenbrechende kapitalistische System

ist, das die Menschen korrumpiert, Not und Elend in nie gekannter Größe erzeugt; deswegen organisieren wir den Kampf gegen dieses System, für den Kommunismus!

## Lohnabbau — Preisabbau!

Das ist die Medizin, mit der man den todkranken kapitalistischen Wirtschaftskörper wieder auf die Beine bringen will! Erst die Peitsche, dann das Zuckerbrot! Und du, Proletarier, bist wie immer das Experimentiermaterial. In Deutschland, England, Amerika — überall das gleiche Unterliegen. Obwohl man über dem großen Teich noch bis vor kurzem behauptete, daß Lohnabbau das ungeeignetste Mittel sei, die kranke Wirtschaft zu heilen.

Trotzdem aber: Hilft es nichts, so schadet es uns, nämlich den Kapitalisten, doch sicherlich nichts. Und bei dieser Dr. Eisenbarkur — wie immer — Deutschland in der Welt voran!

*Gelesene  
Nummern  
des  
„Spartakus“  
wegwerfen  
heißt  
dem  
Klassenbruder  
wertvolles  
Erkenntnismaterial  
unterschlagen  
!*

### Genossen!

Wer sich von den autoritären reformistischen Parteien und Gewerkschaften losgelöst fühlt, wer mit der antiautoritären Schreibweise des „Spartakus“ sympathisiert, wende sich an den Verlag!

Man benütze den untenstehenden Bestellzettel!

Hier abonnieren!

Unterzeichneter bestellt hiermit die monatlich zweimal erscheinende Zeitung

**SPARTAKUS**

zum Bezugspreis von 90 Pf. vierteljährlich ab 1931  
Verlagsort: Rähnitz-Hellerau, Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929  
Bezugsgehalt ist von mir zu erheben

Name \_\_\_\_\_ Ort u. Zustellungspostamt \_\_\_\_\_

Straße u. Hausnummer \_\_\_\_\_

mehr Arbeitskräfte im Produktionsprozeß überflüssig machte, die sich zunächst im Kleinhandel eindrängten.

Zwischen dem Preis der Arbeitskraft, dem Lohn, und dem Warenpreis besteht ein stetiger Kampf. Es ist ein Kampf um den Lebensstandard, die Lebensweise von der der Warenverkäufer — auch schon der kleinere — annimmt, daß die seinige höher sein muß als die des Lohnarbeiters, der sie erst erzeugt, nämlich die Waren.

Wir haben hiermit auch die naive Frage beantwortet, die so viele unwissende Proleten tun: „Warum nicht erst Preisabbau und dann Lohnabbau?“ Dasselbe geschichtliche Verhältnis ist zu einer Art mechanischem Prozeß geworden, ein Stück Klassenkampf. Die Warenpreisbewegung will und kann auch keine Regierung auf die Dauer beeinflussen. Das Ergebnis des von der Regierung „empfohlenen“ Preisabbaus liegt bereits jedem vor Augen. Die Regierung „kann“ wohl den Weizenol und ähnliches erhöhen oder herabsetzen, selbstverständlich aber nur im Einverständnis mit den großen Interessentengruppen. Sie muß aber Helfersdienste beim Lohnabbau leisten.

Sind denn nun die Arbeitslöhne wirklich zu hoch, und welches ist der Maßstab, mit dem man das feststellen kann? Als Maßstab dienen die Vorkriegslöhne und der reichsstatistisch festgestellte Lebenshaltungsindex. Die Verhältnisse vor den Kriegen gleich 100 gesetzt, beträgt dieser seit einigen Jahren rund 150, meist ist er etwas höher. Aber dieser Index umfaßt zugegebenermaßen nur das zum Leben allernotwendigste, z. B. enthält er nichts, was der Mensch zur Befriedigung seiner Geselligkeitsbedürfnisse braucht. Kurz gesagt, jeder Arbeiter wird am besten wissen, daß er mit dem heutigen „hohen“ Lohn nicht so leben kann wie früher, weil die Kaufkraft im Verhältnis zu den Warenpreisen und den Staatsabgaben stark gesunken ist. Dazu kommt noch die periodisch einsetzende Arbeitslosigkeit, die für einen Teil zum Dauerzustand wird und die Lebenshaltung einschränkt.

Bis zu 20 und mehr Prozent will man die Löhne abbauen. Ohne jede Angst vor den Organisationen der Arbeiter, ohne jeden „Respekt vor den Tarifen“ der Gewerkschaften geht man vor. Der Tarif, die schriftliche Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, der einst die Arbeiter vor Lohnreduzierungen und den Unternehmer vor durch Streiks zu erzwingenden Lohnhöhlungen schützte, ist in der Praxis schon längst erledigt. Er existiert nur noch zum Schein, und die Praxis daraus ergibt, daß die heutigen Gewerkschaftsorganisationen nur noch ein Schattendasein führen. Das Schlichtungswesen hat die früheren Lohnkämpfe ersetzt. Eingeführt mit Wissen und Willen der Gewerkschaftsbürokratie schlägt es jetzt auf die Arbeiter zurück. Die „Lohnkämpfe“ sind verstaatlicht worden. Der berühmte „Unparteiliche“ und die Regierungsinstanzen entscheiden. Und diese Instanzen setzen sich zusammen aus bewußt oder unbewußt kapitalistisch eingestellten Vertretern oder Intellektuellen, die sich niemals in die Psychologie der Arbeiter hineinversetzen können. Die Berührungsgewerkschaften können nicht mehr ernstlich kämpfen. Die Zeit der Lohnkämpfe ist vorbei.

Gegen etwaige Kämpfe ist der Kapitalist durch seine mächtigen Organisationen gerüstet. Der Kapitalismus greift auf der ganzen Front an, nachdem er sich Hilfsgruppen wie Nazis, Stahlhelm usw. geschaffen hat. Es geht aus Ganzem der Lohnabbau ist das Vorspiel. Für die Arbeiterklasse kann es aber nur noch gehen um die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft und ihre Ersetzung durch die sozialistische. Zu diesem Kampf sind aber auf Grund ihrer ganzen Einstellung und Organisationsweise die Gewerkschaften und Parteien weder gewillt noch fähig. Dazu braucht sie ein anderes Organisationssystem, das Räte-system, die Einheitsorganisation, deren Zelle im Betrieb liegt und wie ihr sie im Spartakusbund vorgebildet findet.

Die Regierung aber, die der Lohnabbauaktion starken Vorschub leistet, wird damit die Staatswirtschaft nicht bessern.

Mit dem Lohnabbau wird der Innenmarkt geschwächt, und in einer Zeit, wo in der kapitalistischen Warenwirtschaft sich die Absatzgebiete verringert haben, ist dieser mehr wie je die Grundlage aller Wirtschaft.

Und der Preisabbau, die Hoffnung aller Wundergläubigen, wird sich als Seifenblase erweisen, auf alle Fälle aber den Warenbesitzern nicht weh tun. Nur der große Hamamel Prolet wird geschoren.

## Achtung!

An alle Mitarbeiter!

Manuskripte können in Zukunft nur dann zurückgesandt werden, wenn das Rückporto eingesandt wurde.

D. R. P. K.

Für den Inhalt verantwortlich: R. Weiß, Dresden-A.  
Druck: F. Eckert, Dresden-A.

Nr. 6 \* 6. Jahrgang  
11. Jahrgang der „Einheitsfront“

# SPARTAKUS

## ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES (Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, lerner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes oder direkt beim Verlag Rähnitz-Hellerau, Hendrichstr. 3

Zweite März-Nummer 1931  
Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Einzelnummer 15 Pf.  
erscheint monatlich zweimal  
Bezugspreis ist im Voraus zu zahlen. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pf. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postcheckkonto Dresden Nr. 32722

## Kampf gegen den Faschismus?

oder

## Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft durch die proletarische Revolution

Das kapitalistische Wirtschaftssystem in Todeskrämpfen: Lebensmittel werden vernichtet; fruchtbarer Boden brachgelegt; Fassungslos stehen Regierungen und Wirtschaftsbürokraten; ohnmächtig, Produktion und Konsum im Gleichgewicht zu bringen. Bürgerliche Nationalheroen treiben kapitalistische Experimente, kapitalistische Staatsmänner suchen bei Helfersherrinnen und Kartenlegerinnen Ratschläge.

Die bürgerlich denkende Arbeiterschaft, Parteien und Gewerkschaften, sind in größte Verwirrung geraten: Faschismus droht! — Sozialfaschistische Reichsbanner und Moskauer Kampfbrigaden schlagen sich gegenseitig die Köpfe ein. Es balgen sich „antiautoritäre“ mit „autoritären“ antifaschistischen Kampfbrigaden. Kampf dem Faschismus! Schützt die Republik! Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung! Kampf für den Volksstaat!

Und währenddessen wächst die Verelendung der Arbeitermassen ins Unermessliche. Wird das Hetztempo in den Betrieben immer unerträglicher. Werden die Hungerlöhne weiter abgeschliffen? Dutzende von Proletariern, die an Hunger sich alltäglich das Leben nehmen. Hunderte von Arbeitern, die allmonatlich durch „Naturkatastrophen“ zum „ewigen Frieden“ befördert werden.

## Parlaments-„Reform“ Ein Erfolg der Nazis!

Die Rolle des bürgerlichen Parlamentarismus war schon immer die des Feigenblattes, das die Blöße dem kapitalistischen Diktator verdecken soll. In Deutschland, wo dank der Feigheit des Bürgertums die junker die Hegemonie unter den herrschenden Klassen hatten, lernte man seinen Wert erst kennen, als dieselben herrschenden Klassen in Not gerieten, und die unterdrückten Klassen auf neuer Grundlage, diesmal „demokratisch“ zu unterwerfen. Nachdem hinter den Kulissen des Parlaments das Bürgertum sich vom November-schreck erholt hatte, formierte es zuverlässigere Stoßtrupps der Reaktion, um ihre ehemaligen Retter aus dem „Arbeiterstande“ als überflüssige Kostgänger des Staates (man spricht von 300.000 sozialdemokratischen Beamten in Staat und Gesellschaft) zu rationalisieren.

Zur „Anzei-chnung nur einige Stichpunkte: Interpellationen, die der Regierung nicht passen, sollen nicht beantwortet werden.

Bei der Stellung von Vertrauens- oder Mißtrauensanträgen soll die Regierung () bestimmen, über welche sie zuerst abzustimmen wünscht.

Die zweite Lesung von Gesetzen und besonders des Haushaltes soll durch Ausschüßberatungen hinter verschlossener Türen ersetzt werden.

Und schließlich: Gibt es keine Mehrheit, dann nicht Rücktritt der Regierung, sondern Artikel 48, denn: „Die Frage der Notverordnungen ist nicht mehr eine Frage der Regierung, sondern des Parlamentes.“

So rüsten diese „Interessen-Haufen“ zur offenen Diktatur. Proletarier und ihr?

Das alles genügt noch nicht, um in der Todeskrise halb die „republikanische Schupo“ Treibjagden auf mit dazu dressierten Hunden, mit Maschinengewehren mit Gummi-knüppeln und Tränngasen.

Darum, Arbeiter, die Demokratie ist in Gefahr! Es gilt, diese Republik zu schützen!

Kleine Kinder ängstigt man mit dem „Schwarzen Mann“, Gläubige Christen mit dem höllischen Feuer. Und hungernden Proletarien droht man mit dem Gespenst, mit dem großen Ban-Ban: Adolf Hitler — die faschistische Gefahr!

Den „Ärztigen“ lohnt das Christkind und der Osterhase. Dem Frommen winkt das Seelenheil.

Der Hunger soll kämpfen: gegen den Faschismus! Für die Demokratie! — Für die Volksherrschaft! Ob Demokratie, ob Volksherrschaft — beides ist Faschismus, jedes dieser Herrschaftsinstrumente stehen im Dienste der besitzenden Klasse.

Hitler wird Arbeiter morden! Die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften rufen es — die Noskes, die Severings, Hitler wird Arbeiter morden. Ganz ge-

ordnung jetzt einer schnelleren Klärung entgegengeführt und eine Mehrheit für Maßnahmen gefunden wird, deren einziges Ziel ist, das ungestörte Funktionieren des Parlaments zu sichern, indem der unbillige Ton, die Beschimpfungen und gewaltsamen Störungen unterbunden werden.“ — „Alle Störungen in diesen Ausschüssen sind auf das Verhalten der Nationalsozialisten zurückzuführen, während die Kommunisten die Gesetze der parlamentarischen Ordnung zu wahren durchaus bestrbt sind.“

Ob diese Herren auf die Gefolgschaft der Kommunisten hoffen? Zweifellos! Die Väter des Republik-schutzgesetzes berechnen zu solcher Hoffnung.

„Die parlamentarischen Rechte sollen nicht eingeschränkt, sondern vor den Gegnern des parlamentarischen Systems geschützt werden.“

behaup- der „Vorwärts“.

Zur „Anzei-chnung nur einige Stichpunkte: Interpellationen, die der Regierung nicht passen, sollen nicht beantwortet werden.

Bei der Stellung von Vertrauens- oder Mißtrauensanträgen soll die Regierung () bestimmen, über welche sie zuerst abzustimmen wünscht.

Die zweite Lesung von Gesetzen und besonders des Haushaltes soll durch Ausschüßberatungen hinter verschlossener Türen ersetzt werden.

Und schließlich: Gibt es keine Mehrheit, dann nicht Rücktritt der Regierung, sondern Artikel 48, denn: „Die Frage der Notverordnungen ist nicht mehr eine Frage der Regierung, sondern des Parlamentes.“

So rüsten diese „Interessen-Haufen“ zur offenen Diktatur. Proletarier und ihr?

weiß. Wir spüren schon jetzt den blutdürstigen Atem der braunen Raubtiere. Wir sehen, wie die Bestie ihre Zähne zeigt.

Wer aber hat schon Arbeiter gemordet? — Maschinengewehre, Flammenwerfer und Geschütze gegen revolutionäre Arbeiter?

Waffenlose Parlamentäre des revolutionären Proletariats abgeschlachtet? Haufen von Proletariaten in den Straßen, Leichen von Revolutionären geschleudert. Gefangene Revolutionäre mit Maschinengewehren zusammengeschnitten. Wann war es? — Es war die Zeit, als die Noske-Severing als die heutigen „Antifaschisten“ die Macht in Deutschland hatten.

Es läßt sich nichts drehen und drehen: 20.000 in jener Zeit emorierte Proletarier richten ihre verlannten Leiber auf und rufen mit erdgefüllten Mündern: „He! Ihr „Volksbeauftragten“, der Neid kitzelt euch wohl, daß Hitler euch den selbstgewählten Ehrentitel „Bluthund“ abnahm! Ihr könnt wohl nicht schlafen, weil euer Wunsch nicht erfüllt wird: wenn schon Diktatur, dann möchten wir sie ausüben — ach bitte, bitte — wir verstehen es am besten, Proletarier zu schlachten.“

Schon rüstet Hörning seine Mörderbanden — gegen politisches Rowdium von rechts“, aber — und das ist entscheidend — auch gegen links.

„Politische Rowdies“ — so titulieren euch diejenigen, die vorgeben, gegen den Faschismus zu kämpfen. „Und wer mordet heute schon die meisten Proletarier? Die Schupo unter dem Kommando Severings, unter dem Kommando sozialdemokratischer Polizeipräsidenten. Die im ADGB organisierte Polizei ist es, die die Nazis verhätschelt und beschützt, die es ihnen ermöglicht, Arbeiter zu überfallen, auf der Straße sich breit zu machen.“

Kampf dem Faschismus! Die „Kommunistische“ Partei ruft es — die Stalin-Thälmanns.

Wer aber hat das faschistische Gift in die Arbeiterhirne hineingepumpt? Die KPD, 1923, als noch kein Hahn von Nationalsozialisten krähte — welche Zeitung öffnete damals dem Faschistenhäuptling Rentlow ihre Spalten — welche Arbeiterzeitung schrieb dem faschisten Schlägter enthusiastische Nekrologe? Die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der KPD.

Wer predigte damals Judentum und Rassenkampf? Ruth Fischer, die Vorsitzende der KPD.

Wer lieferte dem deutschen Kapital damals Munition, bestimmt, Proletarierkörper zu verletzen? — Rußland, das sogenannte „Vaterland der Arbeiter“.

Wer versucht heute, den Faschismus durch Nationalismus allerschlimmster Sorte niederzukorruptieren? — Die KPD. Sie hetzt das deutsche Proletariat zum Kampf gegen die Versklavung des deutschen „Volkes“.

Ernst Thälmanns „nationale und soziale Befreiung“ ist schlimmer als die aller schlimmsten Naziprogramme. Die Verdrehung der Worte Karl Marx „Die Arbeiter haben kein Vaterland!“ in das „Vaterland der Arbeiter“ der Kommunisten ist verhängnisvoller als das „Dritte Reich“ Hitlers.

„Das Vaterland der Arbeiter“, die Geschäftsleitung der Kommunisten, der russische Staat — er pflegt die freundschaftlichsten Beziehungen zu den faschistischen Staaten. Und die revolutionäre Proletariat wird dort mindestens ebenso schwer terrorisiert — wie hier.

Diktatur droht! Zu der wirtschaftlichen droht die politische Diktatur.

So äußern sich auch linksrevolutionäre Organisationen, ultralinke Gruppen, bei denen man mehr Klarheit, mehr Marxismus erwartet hätte.

Seit wann besteht denn eine Trennung in wirtschaftliche und politische Diktatur? In welche dieser beiden Kategorien ist z. B. das Schlichtungswesen einzuflektieren?

Warum sind wir denn politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation?

Die antiautoritären Bünde müssen sich fast ausschließlich mit dem Kampf gegen die autoritären Verbände abgeben.